

PEACE LOVE
RESPECT UNITY

VOR 80 JAHREN:

BEGINN DES ZWEITEN WELTKRIEGS.

HEUTE:

ABRÜSTUNG IST DAS GEBOT DER
STUNDE!

Vor 80 Jahren am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. Es war der Beginn des zweiten Weltkriegs. Seit 1957 wird am 1. September mit dem Antikriegstag an dieses schreckliche Ereignis erinnert. Für uns ist dieser Tag eine Mahnung, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf und sich Deutschland auch an keinem Krieg beteiligen darf. Dafür setzen wir auch in diesem Jahr ein Zeichen mit einer Kundgebung, zu der wir alle Interessierten einladen.

HERAUS ZUM
ANTI-KRIEGSTAG 2019!

Ansprechpartner / Organisator:
„Bündnis Anti-Kriegstag Darmstadt 2019“

HERAUS ZUM ANTI-KRIEGSTAG 2019!

**Kundgebung mit politischen
Beiträgen und Kulturprogramm**

Wann: 1. September 2019 ab 15 Uhr

**Wo: Riegerplatz im Martinsviertel,
Darmstadt**

Mit Essensangebot

Weitere Informationen gibt es
auf unserer Homepage
www.antikriegstag-darmstadt.de



HERAUS ZUM
ANTI-KRIEGSTAG
1. SEPTEMBER 2019



INTERNATIONALE SPANNUNGEN NEHMEN ZU – KRIEGSVORBEREITUNGEN STOPPEN!

Die Auseinandersetzungen um Strafzölle und Freihandel zeigen, wie sehr die Widersprüche zwischen den führenden Wirtschaftsnationen gewachsen sind. Auch innerhalb der EU werden die Gegensätze härter ausgetragen. Staaten der Peripherie stecken tief in der Krise und drohen zu zerfallen. Extrem rechte, unberechenbare Politiker kommen an die Macht und heizen durch ihr unverantwortliches Handeln die Konflikte an und das ohne Widerspruch vermeintlich gemäßigter Kräfte. Sehr schnell wird eine militärische Drohkulisse aufgebaut, um nationale Interessen durchzusetzen. Die Aufrüstungsspirale dreht sich immer schneller. Besonders brisant ist die Lage im Nahen Osten. Der Krieg in Syrien ist noch nicht beendet und schon kommt mit den Sanktionen gegen den Iran der nächste Krieg in den Bereich des Möglichen. Armut und Krieg zwingen weiterhin Millionen Menschen zur Flucht.

DIE WELT SCHEINT AUS DEN FUGEN GERATEN.

Durch die zunehmende Konkurrenz in der globalisierten Wirtschaft wurden ökonomische Überkapazitäten aufgebaut und die Konzerne müssen befürchten dadurch Gewinne nicht mehr im gewohnten Umfang realisieren zu können. Immer aggressiver vertreten daher die Regierungen die Interessen ihrer Wirtschaftsakteure unter der Parole „mehr internationale Verantwortung übernehmen“. Neben ökonomischen Erpressungen (wie Sanktionen und Zölle), wird zunehmend auf militärische Drohung gesetzt. Ungehemmte Aufrüstung in vielen Staaten ist die Folge, mit Profiten für die Konzerne, auf Kosten der Menschen und der Umwelt.

GEMEINSAM GEGEN DIE WELTWEITE AUFRÜSTUNG!

DABEI MUSS DEUTSCHLAND ALS VORREITER AGIEREN!

Die deutsche Regierung betont immer wieder, wie sehr sie sich von nationalistischen und populistischen Regierungen anderer Länder unterscheidet. Innerhalb der EU und in internationalen Gremien vertritt sie strikt die Interessen der deutschen Exportindustrie, auch wenn dadurch die Ökonomien anderer Länder beschädigt werden. Diese Politik lässt sich durchaus mit „**Germany first**“ übersetzen.

Die Bundesregierung sieht für sich die Notwendigkeit, auf dem internationalen Parkett politisch stärker mitmischen zu können und baut daher ihr militärisches Potential aus:

Sie verfolgt unverändert das Ziel, zwei Prozent des BIP für die Rüstung auszugeben. Das bedeutet eine Steigerung der Rüstungsausgaben um etwa 22 Mrd. Euro. Schon dieses Jahr wurde der Rüstungsetat um mehr als fünf Mrd. Euro erhöht, eine Erhöhung wie sie es seit Ende des kalten Krieges nicht mehr gegeben hatte. Durch eine Koordination der Militärpolitik im Rahmen der EU soll diese effektiver werden.

RÜSTUNGSKONTROLLE UND ABRÜSTUNG MÜSSEN PRIORITÄRE ZIELE WERDEN!

Durch die Genehmigung von Rüstungsexporten, auch an kriegsführende Staaten, trägt die Bundesregierung zur Kriegsführung bei. Dies sichert die Gewinne der Rüstungskonzerne und schafft

politischen Einfluss in der Region. Allein bis Juni dieses Jahres wurde Kriegsmaterial im Wert von über eine Milliarde Euro an sechs Staaten geliefert, die zu der von Saudi-Arabien geführten Jemen-Kriegsallianz gehören. Damit werden diese Staaten auch für einen möglichen Krieg gegen den Iran auferüstet. So sehen die angeblich restriktiven Rüstungsexportbeschränkungen der Regierung aus.

STOPP ALLER RÜSTUNGSEXPORTE! KEINE BETEILIGUNG AN MILITÄREINSÄTZEN AM PERSISCHEN GOLF ODER IN ANDEREN LÄNDERN!

Die Kündigung des INF-Vertrages zum Verbot der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen durch die USA ist ein weiterer Schritt zur Isolierung Russlands. Diese Strategie begann mit der NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands und bekam nach dem Konflikt um die Ukraine einen neuen Schub. Die Bundesregierung beteiligt sich an dieser Politik und ist nicht gewillt, die gegen Russland verhängten Sanktionen aufzuheben und eine Politik der Entspannung einzuleiten. Nachdem auch Russland den INF-Vertrag gekündigt hat, droht ein neues atomares Wettrüsten in Europa. Um dieses zu verhindern, müssen Bundesregierung und EU den Konfrontationskurs gegenüber Russland beenden.

**Für eine nuklearwaffenfreie Welt!
(z.Zt. gibt es ca. 17270 Nuklearwaffen)**

**Einhaltung des INF-Vertrags zum Verbot
von nuklearen Mittelstreckenwaffen!**

**Kurzfristig: Abzug der in Deutschland
und Europa stationierten Nuklearwaffen!**